

Flickwerk Flüchtlingspolitik; Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland hat daran nicht geringen Anteil.

ZEIT-online

Freitag 11. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Europäische Union; Ausg. 42

Length: 992 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

Flüchtlinge aus Libyen auf Lampedusa

© Tullio Puglia/Getty Images

Sie flüchten und viele sterben - doch die Boote kommen weiterhin. Erst in der Nacht zum Dienstag retteten zwei Frachtschiffe mehrere Hundert **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer. Ein Schiff unter panamaischer Flagge nahm von einem in Not geratenen Boot etwa 100 Kilometer vor Sizilien 263 Menschen auf und brachte sie zu der Insel. Ein Frachter aus Dänemark rettete weitere 141 Menschen. Es hätten die nächsten Toten vor Europas Küsten sein können - und wenn man die Geschichte der europäischen **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** betrachtet, kann man sich sicher sein, dass es nicht die letzten sein werden. Auch, weil Deutschland mögliche Lösungen konsequent blockiert.

Seit Jahrzehnten schon streitet Europa über eine gemeinsame **Migrations-** und **Asylpolitik**. Sie steht im Spannungsfeld zwischen menschenwürdigem **Flüchtlingsschutz** und einer solidarischen Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten. Die entscheidende Frage aber lautet: Wer übernimmt die Verantwortung? Hat sich Europas **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** nicht vor allem in eine Richtung entwickelt: weg vom Schutz der **Flüchtlinge** und hin zum Schutz der Festung Europa vor ihnen?

"Wenn nach diesem noch nie dagewesenen Aufschrei der Öffentlichkeit nichts geschieht, wann soll dann etwas passieren", sagt die migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, Ska Keller. Dennoch käme weder Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) noch seinen europäischen Kollegen der Gedanke, das Dublin-System grundlegend zu reformieren oder ganz zu ersetzen. "Ihr einziger Vorschlag ist die noch stärkere Grenzsicherung", sagt Keller.

Von Rom bis Dublin

Die Geschichte der Migrationspolitik in Europa lässt sich in drei große Phasen aufteilen. Von einer koordinierten Politik der Mitgliedsstaaten führte der Weg über zwischenstaatliche Zusammenarbeit hin zu einer Migrationspolitik als Aufgabe der gesamten Europäischen Union. Rom, Schengen, Maastricht, Amsterdam, Tampere, Dublin: Die

Flickwerk Flüchtlingspolitik Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland

Liste der Orte, an denen Europa sich der Frage von Asyl, Flucht und Migration gewidmet hat, ist lang - das Ergebnis Flickwerk.

Bis 1990 waren Migration und Asyl Aufgabe jedes einzelnen Staates. Koordination gab es lediglich im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität oder des Terrorismus. Als europäische Aufgabe wurde das Thema nicht verstanden, ganz zu schweigen von Kompetenzen auf der Gemeinschaftsebene. Angesichts steigender Asylbewerberzahlen einigte man sich bis 1999 zumindest darauf, wer für die Behandlung eines Asylantrages zuständig sein sollte.

Der Vertrag von Maastricht (1991), das Schengener Durchführungsübereinkommen (1995) und das Dublin-Abkommen der damaligen Europäischen Gemeinschaft (1997) legten fest, dass die Asylpolitik als Aufgabe von "gemeinsamem Interesse" betrachtet werden sollte. Zunächst jedoch nur zwischenstaatlich. Erst seit dem Amsterdamer Vertrag, der 1997 unterzeichnet wurde und 1999 in Kraft trat, wird die Politik in den Bereichen "Migration und Asyl" zumindest formal in Teilen gemeinsam geregelt. "Vergemeinschaftung" heißt das in der EU.

Eine große Lösung blieb dabei aus. Und wenn sich doch auf eine gemeinsame Linie geeinigt werden konnte, wie 1999 in Tampere, dann wird bei der Umsetzung geschludert. Damals hatten sich die europäischen Staaten darauf verständigt, ein gemeinsames Asylsystem zu schaffen und die Migrationspolitik zu vergemeinschaften, um einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" in der EU zu verwirklichen. Die finnische Präsidentschaft bekannte sich damals zur Genfer Flüchtlingskonvention und erklärte, dass alle zu beschließenden Maßnahmen an dieser zu messen seien. Die Toten im Mittelmeer zeigen deutlich, dass diesem Bekenntnis keine entsprechende Politik folgte.

Dabei wäre eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik spätestens mit dem Wegfall der EU-Binnengrenzen im Jahr 1995 zwingend notwendig geworden. Das Weißbuch von 1985, die Einheitliche Europäische Akte, das Palma-Dokument von 1993 und zahlreiche weitere Verträge und Dokumente haben stets auf eine Vereinheitlichung des Binnenmarkts hingearbeitet. Asylsuchende und Flüchtlinge wurden dabei vergessen. "Es gibt kein gesamteuropäisches Asylprogramm. Das existiert vielleicht auf dem Papier, wirklich umgesetzt wird es aber nicht", sagt Keller.

Deutschland blockt Solidaritätsmechanismus ab

Letzter Stand der europäischen Migrations-Politik ist Dublin III, am 26. Juni 2013 auf EU-Ebene verabschiedet. Das Gesetzespaket ist eine graduelle Veränderung zu Dublin II, das im Kern besagt, dass derjenige Mitgliedstaat für die Versorgung eines Flüchtlings und das Asylverfahren zuständig ist, über den der Asylsuchende in die EU eingereist ist. Damit wird den Ländern an den Südgrenzen der EU, wie Malta, Griechenland, Spanien und Italien, die größte Verantwortung für das gemeinsame Asylsystem aufgebürdet.

Deutschland nutzt die Regelung, weil es von einem Kranz von EU-Ländern umgeben ist, den sogenannten Drittstaaten. Es überrascht kaum, dass die Bundesregierung bei den Verhandlungen zu Dublin III, das vor der Sommerpause verabschiedet wurde, alle Forderungen des Europaparlaments und der Kommission nach einem Solidaritätsmechanismus rundweg abgeblockt hat.

"Selbstverständlich" würden die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen unverändert bleiben. So sagte es Innenminister Friedrich jetzt nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa. Und obwohl dort gerade mehr als 300 Menschen gestorben waren, beklagte Friedrich sogleich den vermeintlich wachsenden Sozialhilfe-Missbrauch durch Migranten aus Rumänien und Bulgarien. Ein Problem, das so laut EU-Kommission gar nicht existiert.

Möglicherweise wird die künftige Bundesregierung anders mit dem Thema umgehen. Sowohl SPD als auch Grüne haben angekündigt, in möglichen Koalitionsverhandlungen mit der Union auf eine Reform der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu dringen.

Flickwerk Flüchtlingspolitik Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland

Load-Date: October 11, 2013

End of Document

Amnesty prangert Griechenlands Umgang mit Flüchtlingen an; Tägliche rassistische Übergriffe und die Verletzung internationaler Standards: Amnesty International wirft Griechenland vor, Flüchtlinge nicht zureichend zu schützen.

ZEIT-online

Donnerstag 20. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: MENSCHENRECHTE; Ausg. 52

Length: 384 words

Body

Flüchtlingskinder in Athen warten auf die Essensausgabe von einer Suppenküche.

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die Situation von **Flüchtlingen** in Griechenland angeprangert. "Griechenlands Versagen, die Rechte von **Migranten** und **Asylsuchenden** zu garantieren, nimmt die Ausmaße einer humanitären Krise an", sagte John Dalhuisen, Amnesty-Direktor für Europa und Zentralasien.

Die griechische Regierung sei vor dem Hintergrund des wachsenden Migrationsdrucks, der Wirtschaftskrise in dem Land sowie einer steigenden fremdenfeindlichen Stimmung nicht einmal fähig, die grundlegendsten Anforderungen zum Schutz von Flüchtlingen zu erfüllen. Amnesty kritisiert insbesondere die hohen Hürden für Asylanträge, die auch nicht durch die starke Belastung Griechenlands durch die vielen Flüchtlinge gerechtfertigt seien.

Jedes Jahr kommen Zehntausende Menschen aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien über die Land- und Seegrenzen nach Griechenland, das für sie das Tor zu einem besseren Leben in Europa ist. Besonders gestiegen ist die Zahl der Flüchtlinge, die über die türkisch-griechische Grenze ins Land gelangen.

Vor Kurzem hatte auch das UN-Flüchtlingshilfswerk die Situation von Migranten und Asylsuchenden in Griechenland kritisiert. Insbesondere Kinder würden unter katastrophalen Bedingungen festgehalten oder schutzlos sich selbst überlassen. Diesen Eindruck bestätigte Amnesty: Kinder, die allein ohne Angehörige nach Griechenland kämen, würden unter ärmlichen Bedingungen in Auffanglagern festgehalten. "Die griechische Regierung muss dafür Sorge tragen, dass die Inhaftierung von Flüchtlingen nur ein Letztes Mittel ist und die von Kindern gesetzlich ganz verboten wird", sagte Dalhuisen.

Die große Mehrheit der Flüchtlinge scheitere zudem daran oder gebe es auf, ihre Anerkennung von Asyl durchzusetzen. Dadurch riskierten sie allerdings, bei einer der Massenverhaftungen festgenommen und in überfüllten sowie unhygienischen Gefängnissen inhaftiert zu werden. Die griechischen Behörden verletzten fortwährend die internationalen Standards zum Schutz von Flüchtlingen.

Amnesty prangert Griechenlands Umgang mit Flüchtlingen an Tägliche rassistische Übergriffe und die Verletzung internationaler Standards: Amnesty International w....

Besorgniserregend sei auch der Anstieg rassistischer Übergriffe im vergangenen Jahr. Ziel solcher Übergriffe seien fast täglich Asylsuchende, Migranten, Läden und Moscheen gewesen.

Load-Date: December 23, 2012

End of Document